

Anfrage

Öffentlich

Datum

25. Apr. 2012

Nummer

1705/12

Absender

DIE LINKE.

Platz der Deutschen Einheit 1

38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann

Platz der Deutschen Einheit 1

38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

08.05.2012

Betreff

Soziale Stadt – Keine Priorität in der Verwaltung?

2002 schrieb die Braunschweiger Zeitung zum Programm „Soziale Stadt“: „Mehr als 50 Millionen Euro werden in den nächsten Jahren ausgegeben, um das Gebiet zu sanieren und aufzuwerten.“ Doch daraus wurde nichts. Statt der erwarteten 50 Mio., standen in den ersten 10 Jahren lediglich 12,2 Millionen Euro zur Verfügung. Dadurch kann eine Vielzahl von geplanten Maßnahmen nicht finanziert werden.

Als Verursacher dieses Problems galten bislang die jeweiligen Landesregierungen. Insbesondere in den Jahren 2003 und 2005 wurden vom Land überhaupt keine Mittel überwiesen und somit stellten auch Bund und Stadt keine Gelder für die „Soziale Stadt“ zur Verfügung. Doch nun berichtete kürzlich die BZ, dass Landeskürzungen nur deshalb erfolgten, weil die Stadtverwaltung nicht in der Lage war, die ohnehin schon reduzierten Fördergelder auszugeben. 750.000 Euro an Fördermitteln sollen von der Verwaltung nicht abgerufen worden sein.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Welche nicht durchgeführten Maßnahmen verbergen sich hinter diesen 750.000 Euro?
2. Kam es auch in der Vergangenheit schon zu reduzierten Mittelüberweisungen, weil die Stadtverwaltung die Mittel nicht abgerufen hat?
3. Welche Zuständigkeiten haben jeweils der FB 61, das Referat 0500, GOS und plankontor?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender